

ter der von Hunger und Terror unerträglich bedrängten arbeitenden Bevölkerung Sachens. In der Tat ist die Schied-Regierung nichts weniger als harmlos und nichts weniger als „uns politisch“. Das krasse Gegenteil ist der Fall.

Vor einem Jahre, am 6. Mai 1930, wurde Walter Schied, bisher Präsident des Staatsrechnungshofes Sachens, zum Ministerpräsidenten gewählt. Für ihn stimmten alle offenen kapitalistischen Parteien, auch die Deutschnationalen; die Nazis ermöglichten die Wahl durch ein bewusstes Manöver der Stimmabstimmung, die SPD stimmte Scheinoppositionell „dagegen“ und nutzte die Gegenstimmen der Kommunisten bedeutend zugleich die Anlage des auch außerparlamentarischen Kampfes. Kurz danach kam es zur Landtagsauflösung, weil das Kabinett keine Mehrheit hatte. Schied trat zurück, lächte über die Geschehnisse weiter; ein neuer Landtag wurde gewählt. Das Großkapital ließ nun seine Parteien abhängig lohnen, daß der Regierungskuhhandel zu keinen Ergebnissen führte und als Regierung blieb das Schied-Kabinett, das sich als „geschäftsführend“ bezeichnete, in Wirklichkeit aber, da es keine offene Mehrheit im Landtag hat, somit nichts anderes darstellte als eine Diktatur.

Das lächerliche Großkapital ist von der Schied-Diktatur entglitten. Die Ketten der Bourgeoisblätter lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Zwei Beispiele:

Die deutschnationalen Leipziger Neuesten Nachrichten (vom 10. April 1931):

Bis auf weiteres besteht sein zwingender Anlaß, die jegliche Regierung umzubilden, zumal die Regierung Schied in weiteren Kreisen des Bürgertums höchste Anerkennung fürt erworben hat."

Die demokratischen Dresdner Neuesten Nachrichten (vom 6. Mai 1931) degelieren sich ebenso für die Schied-Diktatur und legen sie in willicher Offenheit (mit Recht!) der Brünning-Diktatur gleich:

„Die schwulen Notstände der jüngsten Zeit und die völlig neuen Probleme, vor die jede Landesregierung heute gestellt ist, lassen sich nicht mehr mit parteipolitischen Programmen erledigen, nicht durch den Anfall preisgegebenen Abstimmungen im Landtag entscheiden, sondern erfordern eine starke, feste, zu rotem, zielbewußtem Handeln fähige Exekutive. Diese hatten Tatsachen und von den deutschen Parlamenten erst sehr jüngst und sehr schwer erkannt worden, am ehesten und am stärksten im Reichstag und im Sächsischen Landtag, wie die Existenz der Rätsel der Brünning und Schied beweist.“

Die Praxis des Schied-Kabinetts rechtfertigt in vollstem Maße diesen Enthusiasmus des Kapitals:

Die Schied-Regierung hat im Textilkreis-Polizei gegen die Streikenden eingegriffen. Das Blut der Streikenden diente die Prospete der Textilindustriellen.

Die Schied-Regierung hat die Unterdrückung des Erwerbslosen-Tages am 25. Februar 1931 mit allen Mitteln angeordnet.

Die Schied-Regierung hat unter Ausnutzung einer Notverordnung vom 1.12.1930 die Metzinsteuern zu einer Landesteuer erklärt und den Gemeinden, die die Metzinsteuern an die Gemeindesteuer nicht ableisten können, mit Strafen von 2000 Mark, die von 10 zu 10 Tagen sich um weitere 2000 Mark erhöhen, belegt. Ein schwerer, brutaler Schlag gegen den Wohnungsbau und gegen die Mietler!

Die Schied-Regierung hat durch ihren Vertreter im Reichsrat den angenommenen Reichstagsantrag auf Gesetzestillstand inzuholen gebracht

Die Schied-Regierung hat der Brünning-Hindenburgschen Artikel-48-Notverordnung vorgearbeitet und noch vor ihr aus eigenem für Sachsen den kleinen Belegungsraum zu hand (Demonstrationsverbot usw. „zunächst bis nach Osten“) verhängt.

Die Schied-Regierung hat einen tollen Polizei-
kurs in Sachsen entfacht. Er richtet sich eindeutig gegen die Polizeimänner, gegen die Arbeiterschaft und ihre Partei, die SPD. Sie beginnigte den Stahlhelm und beschimpfte den Nazis, daß „Sportübungen“ im Freien, Sportmärsche usw. erlaubt seien, welche aber, wenn eine revolutionäre Organisation bei einer solchen Sportübung gefangen werden könnte!

Die Schied-Regierung ist der Hört des willkürlichen Nationalsozialismus. Schied hat das Verbot des Anteckentum-Billms betrieben, den kleinen Anteckentum (der seit 1918 bis 1931 abgeschrägt war) wieder eingeführt, Freibahnverfassungen verboten.

Das alles ist nur ein kleiner Ausschnitt. Noch mehr Beispiele anzuführen, hätte Wasser in die Elbe gießen.

Dieses „harmlose“ „unpolitische“ Beamtenkabinett erwies sich also nicht nur formal als eine diktatorische, vom Landtag nicht gewählte Regierung, sondern ihre Rolle und ihre Praxis demonstrierten überdeutlich, daß sie nichts anderes ist als Brünning's lächerliche Fällia, als eine Regierung der Durchführung der sächsischen Diktatur für Sachsen!

Diese Schied-Diktatur, hinter der in erster Linie Volkspartei und Stahlhelm stehen, braucht natürlich eine Stütze in den Massen und wie Brünning so findet sie gegenwärtig auch Schied hauptsächlich bei der SPD, dazu auch bei den Nazis. Wie im Reichsmarschall, so geht auch in Sachsen die SPD mit der Diktaturenführung durch die und dann wird von ihr auch hier ein canaille behandelt; sie darf für ihre Unterdrückung Schied gnädig den gespornten Stiel an leisten. Schamlos verraten die „linken“ SPD-Führer die Volksmassen und entlarven sich als die gefährlichsten Arbeitersfeinde, schamlos würgen sie den Textilkreis und vor kurzem den Bauarbeiterkreis ab. Der SPD-Polizeipräsident Leipzig, der „inke“ Reichswehr, ist zweifelsohne der rücksichtige Praktik des Großkapitals und seiner Schied-Diktatur in den Aktionen gegen die arbeitende Bevölkerung. SPD-Völkel hat länglich die Unterdrückung Schieds durch die „linke“ SPD abgrenzen wollen — zunächst schreibt der Dresdner Anzeiger von heute dazu: „Die Augen lächeln“. Wie dummkopfisch etwas abzuleugnen zu versuchen, was jeder Tag demonstriert: daß die „linken“ Helden die Hilfspolizei der Schied-Diktatur sind.

Die Nazi-Partei beschert ein wenig Scheinopposition, und hürt die Schied-Diktatur außerparlamentarisch aus entschieden: durch Streikbrucharbeit bei den Wirtschaftskämpfen, durch Betriebssozialismus, durch Ueberfälle auf revolutionäre Arbeiter.

Die einzige Partei, die wie im Reich gegen Brünning in Sachsen gegen die Schied-Diktatur rücksichtlos kämpft, die Massen mobilisiert und in Bewegung setzt, ist die KPD. Ihre Initiative entlockt die Welle von Kampfbeschlußen der Bevölkerung, Stempelstellen und öffentlichen Versammlungen gegen das Schied-Kabinett. Auch der rote 1. Mai der KPD stand im Zeichen dieser Mobilisierung.

Diesen Kampf gilt es jetzt verzerrt fortzuführen. Die wirtschaftliche Gegenoffensive der Fabrikanten, jetzt z. B. der Metallarbeiter, heißt es mit dem Vorgehen gegen die Brünning- und Schied-Diktatur zu verbinden, die Volksaktion gegen Brünning, Seerling, Franzen und Schied, für Arbeit, Brot, Freiheit gewollig zu siegern.

Die Volksmassen Sachsen werden dafür sorgen, daß die Schied-Regierung politisch nicht viel älter als das Jahr wird, das sie hinter sich hat und daß der schöne Schied aus dem Hintergrund gesogen — nicht in den Vordergrund — nein, politisch in den Hintergrund geflügelt wird,

Das stützt die SPD:

Reuer Anschlag der Schied-Regierung

Zehn gewordene Nazis / KPD-Abrechnung mit Killinger und Liebmann

Die Schied-Regierung hat vom Landtag gefordert, daß die Abstimmung über die einzelnen Stattkapitel nicht bei der Beratung jedes Kapitels erfolgen soll, sondern nach Abschluß der Plenarberatung in einer gemeinsamen Gesamtabschlußabstimmung. Die Schied-Regierung verfolgt mit dieser Forderung den Zweck, die im Etat enthaltene Arbeitsbeschaffung eingesetzten Sozialabgaben, Mittel für die Erwerbslosen, Sozialrentner, für Arbeitsbeschaffung usw. am Schlus des Etats dadurch zu fällen zu bringen, daß sie erklärt, daß der Etat nicht mehr balanciert und deswegen eine Streichung wieder vorgenommen werden müsse. Die kommunistische Fraktion wandte sich im Abstimmenzirkus unter Aufsicht dieses Zwecks der Forderung der Schied-Regierung mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Maßnahme. Sie erklärte, daß sie unter keinen Umständen ihre Zustimmung für diese Maßnahmen geben und die Wohnungsnot bekämpfen werde.

Die sozialdemokratische Fraktion forderte, um die Arbeitsbeschaffung ausreichend zu unterstützen, daß man eine dritte Beratung durchführen könne, daß man in den Ausschüssen aber auch zugegen werde, daß die Mittel überzogen werden, die Abstimmung verschoben könne. Dadurch seien die Möglichkeiten eines Ausgleiches des Etats am Schlus der Beratung gegeben.

Für jeden Arbeiter ist klar, daß die Regierung von den Positionen des Unterdrückungsapparates nichts streichen will, doch vielleicht alles tun, um diesen Unterdrückungsapparat noch zu verstärken, um dadurch höhere Mittel einzufordern. Sie wird es keineswegs bereit sein, irgendwelche besonderen Mittel für die Arbeitnehmer, Sozial- und Kriegsopfer einzufordern. Die Arbeitsschaffung ist ganz klar. Um so mehr ist die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion eine offensichtliche arbeiterfeindliche Maßnahme.

Der Demokrat Claus erklärte, man müsse doch berücksichtigen, daß die Regierung um den Erwerbslosen zu helfen, einen Ausgleich abschaffen will. Er erhielt von dem Vertreter der kommunistischen Fraktion, Gen. Renner, die richtige Antwort. Gen. Renner erklärte, die Regierung habe das Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht durchgeführt, die Winterhilfe nicht ausgewählt, die Metzinsteuern nicht zum Wohnungsbau verwendet. Den Sinn dieser Regierungsmaßnahmen sei ganz klar. Die Arbeit des Sozialhauses, sozialdemokratische und bürgerliche Parteien, haben der Forderung der Schied-Regierung ihre Zustimmung gegeben. Damit ist das Schieds aller sozialdemokratischen Anträge von vornherein besiegt.

Berichtigung entscheidend ist es gegen die Kommunisten anzumahnen. (Liebhafte Zustimmung b. d. R.)

Wir stellen fest, daß auch zu diesen Demonstrationsverbünden der reaktionären Regierung die SPD-Presse ihre Zustimmung, ja, wie vor den Überzeugungen 1930 in Leipzig die Sitzung für die Polizei gegeben hat. Daß die Polizei falschlich dirigiert wird, hat Liebmann in der letzten Sitzung selbst nadig gewiesen. Aber er und seine Freunde haben diesen Falschheiten die „Argumente“ gegen die revolutionäre Weiterbewegung in die Hand gelegt.

Wir Kommunisten führen den Kampf gegen die Nazimachbanden mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Gerade deshalb lassen wir nicht die Tatsache verhüllen, daß der wilkürliche Terror dieselbe kapitalistische Gewalttat ist, wie die verräderliche Politik der SPD-Führer.

Noch haben die radikalsten Phrasen der SPD, Liebmann und Böhmel dieser Arbeitersparteianer gehindert, das zu erkennen. Aber die Basis der Unterstützung der reaktionären Schied-Regierung, der Käfige des Diktatukabinets Brünning und die Sicht für Schied erfolgende Entlastung der „linken“ KPD als Agentur des Panzerkreuzers Weiß und des Gewissenshafters Schäppelin, die auf dem kommenden Parteitag in Leipzig besonders zum Ausdruck kommen wird, muß den ehrlichen sozialdemokratischen Protesten der Augen öffnen über die Utrechte und Böhmel der sächsischen Diktaturmaßnahmen der Bourgeoisie. Der Weg des verlautenden Kapitalismus geht über die Leidenschaft von Millionen Proletarien. Das Proletariat allein kann durch den organisierten Kampf zur Eroberung der politischen Macht keine Leiden beenden, und damit dem Arbeiterverrat der sächsischen Führer ebenso ein Ende bereiten, wie dem sächsischen Arbeiterverrat. Wir Kommunisten führen allein diesen Kampf. Wir bekennen uns zu ihm als dem einzigen Ausweg. Der Weg, den unser Bruder im Osten begreiflich beschritten hat, wird auch das deutsche Proletariat zum Sieg über seine Feinde führen. (Liebhafte Beifall b. d. R.)

Zum weiteren Verlauf der Debatte unterstellt Bürger sehr verständlich die Demonstrationsverbote der Regierung. Bei einer Abstimmung lehnen die Sozialdemokraten in eider Einheitsfront mit den Deutschnationalen den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Demonstrationsverbote ab. Angenommen wird jedoch der Antrag, die Banumellen-Festlegung in Leipzig und Jena zu bestätigen.

Nunmehr kommt es zur Beratung der Einprägung der sozialen Rennen und Sindermaan gegen ihre Auswirkungen in früheren Sitzungen. Auch hier stimmen die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Deutschnationalen gegen diese Einprägung und folgenschweren sich damit offen mit der reaktionären Handhabung der Geschäftsausordnung gegen die Kommunisten. Der weitere Verlauf der Tagesordnung ist ausgefüllt mit den Abstimmungen über Anträge, die zum Teil schon in der letzten Sitzung beraten wurden. Ein großer Teil wird an die Ausschüsse verwiesen. Zum Schlus kommt es zu dem erwarteten Votum des kommunistischen Fraktion, die diesmal die Abgabe ihrer Erklärung gegen Lüdig Knauth erwirkt. Bei der daraus folgenden Festlegung der Tagesordnung für die nächste Sitzung, die am Dienstag den 12. Mai stattfindet, erreicht die KPD-Fraktion, daß außer ihrem Antrag gegen die Notverordnungen auch der Antrag gegen die willkürliche Wohlfahrtsförderung des Leipziger Stadtrates auf die Tagesordnung gestellt wird.

Neue Nazi-Provokation in Duisburg

Seigling Goebbels am Pranger / Wieder SA-Uebertritt zur KPD

Wester abend kam es in Duisburg-Hamborn zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, die sich unendlich langzog. Ein provokernder Nationalsozialist wurde durch seine eigene Waffe niedergeschossen und mit Bedenku ins Krankenhaus eingeliefert. Außer ihm hatten die Nationalsozialisten noch 7 Verletzte; auf Seiten der Arbeiter waren 2 verletzt.

Das Stenogramm bringt neue Enthüllungen über Dr. Goebbels, die den Holocaustführer in seiner ganzen erbärmlichkeit zeigen. Es behauptet, daß dabei um die legitime „Antisemit-Affäre“ der ehemalige Polizeimeister C. Welt schied. Welt schied die Vorgänge beim Entzug des angeblichen Sprengstoffpaketes und betont, daß Goebbels entgegen den Erklärungen der Nazi-Presse nicht persönlich der Differenz des Paketes bewußt, sondern

Roch ein moralisches Heldentum des Führers im dritten Reich wird berichtet. Proleten als Kugelfang für Nazi-Pakete — so müßte man es überübersetzen, zus. C. Welt weiter mitteilt. Nach einer lärmigen Verhandlung in Oberhausen wurde zwanzig Goebbelns den Polizeimeister, einen Polizisten, in seinem Mantel und mit seiner Waffe in seinem Auto Platz zu nehmen, daß er einen Verfall des Kommunisten fürchtete. Er sollte fahrt in einer Autodrehfahrt nach Hause. Kommentar überflüssig...

Schneiden mithilf. Der in Hinterpommern bekannte Fabrikarbeiter der Neustettiner Sturmabteilung Otto Braak ist jetzt Spionag für Polen verhaftet worden. In der Nacht ist heute hat er bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt, es ist vollständig gegen ihn erlassen. Braak hat einen in Stahl gebundenen polnischen Geistlichen in einem anonymen Brief an der Geistlichkeit das Schreiben der dortigen Polizei übergeben. Dr. Braak in dem Augenblick, als er auf der Neustettiner Post den erwartenden Antwortbrief abholen wollte, verhaftet worden. Es besteht dringend der Verdacht, daß der sogenannte SA-Führer weitere Helfershelfer in der Hitlerpartei hat.

Goebbelns Beispiel folgt das Ortsvorstandsgesetz des Schweriner Bezirks in Schwerin (Wittenberg). In der Neustadtungabung der Kommunistischen Partei erklärte er seinen Uebertritt ins Lager der roten Arbeiterfront. Er betonte, daß er durch das Verhalten der NSDAP den Erwerbslosen gegen den mobilen Krieg in der Kriegspolitik in der Partei über-

Der S
Die Bilanz

In ihrem
ieg, der
Braubda

Das Pro
Messen der So
ein wichtige
Proletariat ist
sozialistisc
Treuus zur G
Kader Betrieb
einen Bericht
Jahresplan und
ein wirt
erung der b
erneut vom W
brigadenbewe
willigen Auß
der Massen, u
von deren Ge

Die Wahl
den Kolle
heldenhaften
und der breit
Indem das S
von Aktivit
Kämpfer des
Schieds, führt
Opportunit
gegen die rech
Offensive.

Die pro
des Erdalls
nicht vernich
den Krieg
Deshalb war
Käste für d
klischen Au
Werktäglic
duktions- un
— der treue
Generationen
und W
ten Ame
Vaterlor

1. Mai in 1
Millionen K
Kämpfer der
Tag der revolut
erklärt. S
internationale
sächsischen P
Leitern an. D
Der Sozial

begrißt.

Die So
in der So
Die So
tag von D
feier im d
alle Unso
Arbeiterkam
heiterlandes
das seiner
Nachricht
Maihel
wie der S
Aufbau ei

Was aus allen

Bar

Der Re

in der So
Die So
tag von D
feier im d
alle Unso
Arbeiterkam
heiterlandes
das seiner
Nachricht
Maihel
wie der S
Aufbau ei

Was aus allen

Mit neuem S
„We
Es
die Men
Tag

In offenen
liegt, ha
baren S

Da
langen,
großen,
ihren
finden

G
kleine
lohen
Richt
golden
Götter
Ritter
die R
wie n

Dietrich verbietet Selbstansertigung von Zigaretten

Wie die bürgerliche Presse meldet, hat das Reichsfinanzministerium einen neuen ungeheuerlichen Plan in Vorbereitung. Weil eine Millione-Masse werktäglicher Raucher durch den Zollmehr und das Verbot des Einzelverkaufs gezwungen ist, aus Feuerzettel-Pfeifenstahl sich Zigaretten fehl anstrengen, will man durch Gesetz bestimmen, daß die Schnittbreite des Feuerzettels nicht geringer sein darf als ein Millimeter. Damit würde Millionen Rauchern der Rauch einer Zigarette unmöglich gemacht. Die unerhörte Sabotage des am angenommenen kommunistischen Reichstagsantrags auf Wiedereinführung des Einzelverkaufs für Zigaretten wird durch diese Schnittmaßnahmen noch ergänzt. Der Plan des Finanzministers Dietrich ist eine Ergänzung des geläufigen Ausplündungsplanes des Diktatukabinets gegen das werktägliche Volk.